M2.1 REKRUTIERUNG UND VERSCHLEPPUNG

*Um die Kriegswirtschaft am Laufen zu halten, wurden Millionen von Menschen aus den besetzten Gebieten zur Arbeit in Deutschland gezwungen. In Bielefeld gab es mehrere Zwangsarbeiter*innenlager. Auf dem Johannisberg waren vor allem ukrainische Frauen untergebracht. Sie kamen ab 1941 als sogenannte „Ostarbeiter" nach Deutschland. Die Lebensverhältnisse im Lager waren unzumutbar, bei der Arbeit wurden die Frauen misshandelt und einige starben. Im Zuge der Neugestaltung des Parks auf dem Johannisbergs wurde 2010 ein neues Mahnmal eingeweiht. Das Mahnmal war und ist nicht unumstritten. Es stellt sich deshalb die Frage: „Der Johannisberg heute – wie wichtig ist uns das Erinnern?"*

Im Zuge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurden auch die baltischen Länder, Belarus und die Ukraine besetzt. Als der deutsche Vormarsch im Winter ins Stocken geriet, war klar, dass auch der Arbeitskräftemangel im „Reich" erst einmal fortbestehen würde. Dies hatte zur Folge, dass von nun an die Bewohner*innen dieser Länder zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden.

Die ersten von dieser Entscheidung Betroffenen waren die sowjetischen Kriegsgefangenen. Einen weiteren großen Teil an Zwangsarbeiter*innen bildeten Zivilist*innen aus den besetzten Gebieten. Bereits im Dezember 1941 verpflichtete eine Verordnung sämtliche Bewohner*innen dieser Länder, mit Ausnahme von Kindern und Greisen, zur Arbeit für die Deutschen. Anfangs war die Zahl der nach Deutschland kommenden Zivilarbeiter*innen gering, was nicht zuletzt an rassistischen Vorbehalten lag und daran, dass deutsche Behörden in ihnen ein Sicherheitsrisiko sahen. Als durch die „Ostarbeiter-Erlasse" vom 20. Februar das Verfahren der Anwerbung und der Umgang mit den Zivilarbeiter*innen geregelt wurden, wurde ihre Zahl erhöht.

Bis in das Frühjahr 1942 meldeten sie sich überwiegend freiwillig zum Arbeitsdienst. Durch falsche Versprechungen deutscher Anwerber in die Irre geführt, erhofften sie sich ein Leben ohne Mangel in Deutschland. Manche glaubten, ihre unter den kriegsbedingt niedrigen Lebensmittelrationen leidenden Familien von Deutschland aus unterstützen zu können. Doch der Anblick von ausgehungerten und kranken Menschen, die von den deutschen Arbeitsbehörden als arbeitsunfähig zurück in die Heimat geschickt wurden, und Briefe, in denen die Unterbringung in umzäunten Lagern, die niedrigen Essensrationen und geringen Löhne sowie die grauenhaften Arbeitsbedingungen geschildert wurden, führten dazu, dass sich bald kaum noch Freiwillige fanden. Daher wurden die Arbeitskräfte seit Ende Mai 1942 vermehrt unter Zwang nach Deutschland gebracht. Wer sich dem widersetzte, riskierte harte Vergeltungsmaßnahmen: Wenn die von Behörden festgelegte Quote an Arbeitskräften nicht erfüllt wurde, verbreiteten die Deutschen Angst und Schrecken. Ganze Dörfer wurden dann niedergebrannt, Menschen auf offener Straße und aus Gottesdiensten verschleppt. Zusätzlich mussten seit dem Sommer 1942 alle ukrainische Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren Arbeitsdienst in Deutschland leisten. Insgesamt waren während des Krieges etwa 2,75 Millionen sogenannte Ostarbeiter*innen in der deutschen Wirtschaft beschäftigt.

M2.1 REKRUTIERUNG UND VERSCHLEPPUNG

Text nach: Unbekannter Autor: Sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“. In: Das Bundesarchiv (Hrsg.): Zwangsarbeit im NS- Staat. Online unter: <https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/russlandfeldzug/index.html> [Stand: 08.03.2022]

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn, 1999. S. 187-192.